



Satzung Stand 20.09.2013

I. Allgemeines

§ 1 Name, Sitz und Rechtsform

Der Verband führt den Namen „Bundesverband der Versicherungsberater e. V.“ (BVVB).

Er ist ein ideeller, nicht auf wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichteter Verein und ist in das Vereinsregister Oldenburg unter der VR Nr. 2231 Amtsgericht Oldenburg eingetragen. Der Sitz des Vereins ist Oldenburg.

§ 2 Zweck, Ziele, Aufgaben

1. Der Verband ist politisch und weltanschaulich neutral und unabhängig. Sein Ziel ist die berufsständische Erfassung und Vertretung aller Versicherungsberater.

2. Der Verband hat die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen des Berufsstandes zu wahren, zu fördern und zu vertreten.

Er hat bei Entwicklung und Umsetzung der berufsständischen Aufgaben insbesondere gegenüber den Behörden mitzuwirken.

3. Zu diesem Zweck soll er u. a. folgende Aufgaben wahrnehmen:

a) Die Öffentlichkeit über das Berufsbild und die Tätigkeiten der Versicherungsberater informieren.

b) Zusammenarbeit mit Behörden bei Zulassungen, Prüfungen und sonstigen berufsständischen Rechtsangelegenheiten.

c) Förderung der Gesetzgebung und Rechtspflege im Interesse des Berufsstandes und der rechtsuchenden Bevölkerung.

d) Entwicklung, Förderung und Durchsetzung von berufsspezifischen Standards. Diese werden u.a. in den „Grundsätzen der Berufsausübung“ festgehalten.

e) Laufende Information der Mitglieder über berufliche Fragen. Durchführung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

f) Bearbeitung von Berufsanfragen und Vertretung der Berufsinteressen gegenüber der Öffentlichkeit, Behörden, anderen Verbänden und sonstigen Dritten.

g) Bekämpfung von Missbräuchen auf den Gebieten der Rechtsberatung und des unlauteren Wettbewerbs.

h) Pflege der kollegialen Zusammenarbeit.

II. Mitglieder

§ 3 Voraussetzung der Mitgliedschaft

- 1.) Ordentliches Mitglied können nur Versicherungsberater mit einer Erlaubnis nach § 34 e Gewerbeordnung werden.
- 2.) Außerordentliches Mitglied kann darüber hinaus jede natürliche oder juristische Person sein, die gewillt ist, den Berufsstand der Versicherungsberater zu unterstützen und zu fördern.
- 3.) Zu Ehrenmitgliedern können solche Personen ernannt werden, die sich besondere Verdienste um den Verband oder um den Berufsstand der Versicherungsberater erworben haben. Jedes Vorstandsmitglied ist antragsberechtigt. Die Annahme des Antrags durch den Vorstand erfolgt einstimmig. Darüber hinaus kann jedes Verbandsmitglied Ehrenmitglieder vorschlagen. Die Mitgliederversammlung kann diese in einer geheimen Wahl mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten zu Ehrenmitgliedern ernennen.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

- 1.) Jeder Versicherungsberater kann unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 durch schriftlichen Antrag an die Geschäftsstelle des Verbandes die ordentliche Mitgliedschaft beantragen. Der Vorstand entscheidet über den Antrag mit einfacher Mehrheit.
- 2.) Andere juristische oder natürliche Personen können durch schriftlichen Antrag an die Geschäftsstelle die außerordentliche Mitgliedschaft beantragen. Die Annahme des Antrages durch den Vorstand erfolgt einstimmig.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1.) Der Verband besteht aus ordentlichen Mitgliedern, außerordentlichen Mitgliedern und Ehrenmitgliedern.
- 2.) Die Mitglieder haben das Recht, an den satzungsgemäßen Versammlungen teilzunehmen. Sie sind verpflichtet, den Verband bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach besten Kräften zu unterstützen. Jedes Mitglied hat die satzungsgemäßen laufenden Beiträge rechtzeitig im Voraus zu zahlen.
- 3.) Die ordentlichen Mitglieder haben das aktive und passive Wahlrecht. Sie sind zur redlichen, gewissenhaften und ordnungsgemäßen Berufsausübung verpflichtet.
- 4.) Die außerordentlichen Mitglieder erhalten kein Stimmrecht. Sie haben keinen Anspruch auf die satzungsgemäßen und weiteren Leistungen des Verbandes.
- 5.) Ehrenmitglieder erhalten das aktive Wahlrecht.
- 6.) Mitglieder, die zugleich Versicherungsberater sind, habend zwingend die „Grundsätze der Berufsausübung“ in ihrer jeweiligen Fassung zu beachten.

§ 6

Mitgliedsbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag wird von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschlossen. Die außerordentlichen Mitglieder zahlen den hälftigen Beitrag eines ordentlichen Mitgliedes. Mitglieder zahlen innerhalb der ersten 24 Monate, seit erstmaliger Aufnahme ihrer Tätigkeit als Versicherungsberater nur den hälftigen Beitrag eines ordentlichen Mitglieds. Durch die Ehrenmitgliedschaft entsteht kein bzw. kein weiterer Beitrag. Der satzungsgemäße Beitrag wird halbjährlich im Voraus erhoben und binnen eines Monats ab Rechnungsstellung fällig. Zur Vereinfachung ist dem Verband Einzugsermächtigung zu erteilen. Bei verspäteter Zahlung werden Porto- und Mahnkosten berechnet. Zahlungs- und Erfüllungsort ist der Sitz der Geschäftsstelle

§ 7

Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- a) beim Tod des Mitgliedes
- b) bei Entzug oder Rückgabe der Zulassung
- c) durch Austritt des Mitgliedes
- d) durch Ausschluss

Der Austritt ist nur zum Ablauf eines Geschäftsjahres mit dreimonatiger Kündigungsfrist zulässig. Der Austritt ist schriftlich an die Geschäftsstelle zu richten.

Der Ausschluss eines Mitgliedes kann vom Vorstand bei der Mitgliederversammlung beantragt werden:

- bei mehr als 12 Monaten Beitragsrückstand
- bei verbandsschädigendem Verhalten
- bei grober Verletzung beruflicher Pflichten.

Ausgeschiedene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Verbandsvermögen. Endet die Mitgliedschaft vor Ablauf des Geschäftsjahres, so verbleiben anteilige Beiträge dem Verband.

III. Organe des Verbandes

§ 8

Organe des Verbandes

Organe des Verbandes sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand
- c) die Ausschüsse
- d) die Kassenprüfer

Die Tätigkeit der Organe ist ehrenamtlich.

9

Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird jährlich im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres durch den Vorstand einberufen.

Auf Beschluss des Vorstandes oder auf Antrag von mindestens einem Viertel der ordentlichen Mitglieder kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung verlangt werden. Ein derartiges Verlangen ist schriftlich mit Begründung an den Vorstand zu richten.

Die ordentliche Mitgliederversammlung ist in Textform mindestens vier Wochen vor dem Versammlungstag unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Die Einladung ist fristgemäß erfolgt, wenn sie mit der Tagesordnung vier Wochen vor dem Versammlungstag an die zuletzt dem Verband gemeldete Anschrift oder via Email an das Mitglied abgeschickt wurde.

Anträge zur Mitgliederversammlung müssen mindestens eine Woche vor dem Versammlungstag schriftlich bei der Geschäftsstelle eingereicht werden.

Die form- und fristgerecht einberufene Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder. Eine Satzungsänderung und Änderung der „Grundsätze der Berufsausübung“ bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln aller anwesenden ordentlichen Mitglieder.

Wenn auf einer ordentlichen Mitgliederversammlung keine Entscheidung herbeigeführt werden kann, wird vom Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die mit einfacher Mehrheit entscheidet. Der 1. Vorsitzende führt den Vorsitz in der Mitgliederversammlung, im Verhinderungsfall einem anderen Mitglied des Vorstandes. Das Protokoll der Mitgliederversammlung ist vom 1. Vorsitzenden - im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter - und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 10

Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung nimmt den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen und beschließt über die Entlastung der Vorstandsmitglieder.

Wird die Entlastung erteilt, so erlöschen damit alle Ersatzansprüche soweit sie aus den Geschäftsberichten des Vorstandes erkennbar waren.

Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand und beschließt den Haushaltsplan sowie die Anträge aus der Tagesordnung.

§ 11

Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus

- dem 1. Vorsitzenden
- dem 2. Vorsitzenden
- dem Schatzmeister
- dem Schriftführer

und ist zugleich Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

Der erste Vorsitzende führt die Bezeichnung Präsident, der zweite Vorsitzende führt die Bezeichnung Vizepräsident. Die Vorstandsmitglieder sind im Außenverhältnis einzelvertretungsberechtigt.

Im Innenverhältnis gilt: Der 2. Vorsitzende darf von seiner Vertretungsmacht nur bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden, der Schatzmeister nur bei Verhinderung des 1. und des 2. Vorsitzenden, der Schriftführer nur bei Verhinderung der drei übrigen Vorstandsmitglieder Gebrauch machen.

Der Vorstand wird für 2 Geschäftsjahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus seinem Amt aus, so findet eine Neuwahl für die verbleibende Amtsdauer in der nächsten Mitgliederversammlung statt. Für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied.

§ 12

Rechte und Pflichten des Vorstandes

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereines. Dabei ist er an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden. Ihm obliegt insbesondere die Erledigung aller satzungsgemäßen Aufgaben, soweit sie nicht von der Mitgliederversammlung wahrgenommen werden. Zur Durchführung seiner Aufgaben kann er Ausschüsse einsetzen und Ausschussleiter berufen sowie Ausschüsse wieder aufheben.

Er hat der Mitgliederversammlung Rechenschaft über seine Tätigkeit abzulegen, den Haushaltsplan zu erstellen sowie regelmäßig und fristgemäß zu den Mitgliederversammlungen einzuladen.

Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

Der Vorstand kann zur Entlastung seiner Aufgaben einen Geschäftsführer bestellen. Die Bestellung des Geschäftsführers kann nur mit Stimmen aller Vorstandsmitglieder erfolgen. Alles Weitere regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.

§ 13

Erweiterter Vorstand

Der Vorstand und die Leiter der Ausschüsse bilden den erweiterten Vorstand, der auf Einladung des Vorstandes unter Leitung des Präsidenten zusammentritt. Hat die Mitgliederversammlung keinen Haushaltsplan verabschiedet, so beschließt der erweiterte Vorstand einen Nothaushaltsplan, der bis zur Verabschiedung eines endgültigen Haushaltsplanes in Kraft tritt.

§ 14

Vorstandssitzungen

Beschlussfähigkeit des Vorstandes und des erweiterten Vorstandes ist gegeben, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend sind, es sei denn, dass alle nach § 26 BGB vertretungsberechtigten Mitglieder fehlen, soweit die Satzung nicht eine andere Regelung vorsieht.

Entscheidungen des Vorstandes und des erweiterten Vorstandes werden durch einfache Mehrheit der Anwesenden getroffen. Von den Sitzungen des Vorstandes und des erweiterten Vorstandes sind Ergebnisprotokolle zu fertigen und zu den Verbandsunterlagen zu nehmen.

§ 15

Amtsfortführung

Nach Ablauf der Amtsperiode eines jeden Vorstandsmitgliedes bleibt dieses bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt und führt die Geschäfte weiter.

§ 16

Die Ausschüsse

Die Ausschüsse bestehen aus dem jeweiligen Leiter und den von ihm hinzugezogenen Mitarbeitern

§ 17 Aufgaben

Die Ausschüsse arbeiten im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben selbsttätig. Maßnahmen und Tätigkeiten mit Außenwirkung oder mit Rechtsbindung bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.

§ 18 Haushaltsmittel

Die Ausschüsse erhalten die ihnen durch den jeweiligen Haushaltsplan zugewiesenen Mittel. Im Rahmen ihres Etats können sie diese Mittel frei verwenden. Einzelausgaben ab einer im Haushaltsplan festgelegten Höhe bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.

§ 19 Kassenprüfer

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von zwei Geschäftsjahren zwei Kassenprüfer, die nicht dem Vorstand angehören dürfen.

Die Kassenprüfer sind verpflichtet, die Kassenführung des Verbandes jährlich zu prüfen und der Mitgliederversammlung darüber Bericht zu erstatten.

§ 20 Schlichtungsstelle

1.) Verstöße gegen Bestimmungen der Satzung, die Grundsätze der Berufsausübung sowie andere Berufspflichten, werden durch die Schlichtungsstelle geprüft und ggf. geahndet.

2.) Die Schlichtungsstelle kann auf Antrag eines Mitglieds einberufen werden, wenn der Verdacht besteht, dass ein Mitglied des Verbandes gegen seine Pflichten verstößt oder durch seine Handlungsweise das Ansehen des Verbandes oder den Berufsstand der Versicherungsberater schädigt.

3.) Die Schlichtungsstelle tritt zusammen, sobald dem Vorsitzenden der Antrag auf Einberufung zugeht. In dem Antrag ist der genaue Sachverhalt mit den vorhandenen Beweismitteln anzugeben. Dem Angeschuldigten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

4.) Die Schlichtungsstelle setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen. Die Wahl erfolgt durch die Mitgliederversammlung. Es wird für vier Jahre gewählt. Beim Ausscheiden eines Mitglieds der Schlichtungsstelle beruft der Vorstand des BVVB bis zur nächsten ordentlichen Versammlung ein neues Mitglied.

5.) Die Entscheidungen der Schlichtungsstelle können lauten auf Zurückweisung der Anschuldigungen, auf Einstellung wegen Geringfügigkeit, auf Missbilligung, Verweis oder Ausschluss aus dem Verband. Entscheidungen können im schriftlichen Verfahren getroffen werden.

6.) In Fällen, in denen die Schlichtungsstelle gegen Mitglieder entscheidet, steht dem Betroffenen das Recht der Beschwerde an die Mitgliederversammlung zu, die hierüber im schriftlichen Verfahren entscheiden kann.

IV. Schlußbestimmungen

§ 21 Haushaltsplan

Für jedes Geschäftsjahr ist ein ausgeglichener Haushaltsplan aufzustellen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Haushaltsplan wird vom Schatzmeister erstellt und im Vorstand abgestimmt.

Er ist den Mitgliedern mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zur Verfügung zu stellen.

§ 22 Verwaltungssitz und Gerichtsstand

Als Sitz der Verwaltung gilt der Ort, an dem sich die Geschäftsstelle des Verbandes befindet. Jegliche Korrespondenz mit dem Verband ist über die Anschrift der Geschäftsstelle zu führen. Gerichtsstand ist am Sitz des Vereines.

§ 23 Verschwiegenheitspflichten

Die Mitglieder des Vorstandes und alle übrigen Amtsträger des Verbandes haben nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt über alle vertraulichen Angelegenheiten, die ihnen während ihrer Amtszeit bekannt geworden sind, Verschwiegenheit gegenüber Jedermann zu bewahren. Dies gilt auch für Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Verbandes

§ 24 Auflösung des Verbandes

Die Auflösung des Verbandes kann nur auf einer außerordentlichen zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Diese außerordentliche Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Ist diese Versammlung nicht beschlussfähig, erfolgt die Einberufung einer weiteren Mitgliederversammlung, welche dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Zum Beschluss der Auflösung ist die Zustimmung von dreiviertel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

Die letzte Mitgliederversammlung entscheidet über die Verwendung des Verbandsvermögens.

§ 25 Ersatzklausel

Erweisen sich einzelne Bestimmungen dieser Satzung als nichtig, so können diese durch Mehrheitsbeschluss des Vorstandes bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung vorläufig ersetzt werden.

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung beschließt dann endgültig mit Wirksamkeit ab Beschlussfassung.